

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

4.4.1922 (No. 80)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstraße
Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Verlagsort:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 A — Einzelnummer 1 — A — Anzeigengebühr: 130 A für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, werden in Berechnung mit dem Kassierbuch des Innern berechnet. Bei Lagerbedingung, zwangsweiser Beibehaltung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die schon bisher günstige Arbeitsmarktlage hat sich gegenüber der Vormonate noch etwas gebessert. Entsprechend ging die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 802 auf 792, diejenige der Hilfslosen von 1287 auf 1162 am Ende der Berichtswochen zurück. An der Besserung hatten die verschiedensten Berufsgruppen, insbesondere die industriellen Anteil. In der Landwirtschaft steigerte sich die Nachfrage nach männlichen und weiblichen Arbeitskräften, da namentlich im Hinblick auf die schlechte Witterung der letzten Zeit vermehrte Arbeitsaufnahme in den nächsten Wochen bevorsteht. Belebt hat sich weiterhin die Vermittlungstätigkeit für die Berufe der Steine und Erden. In der Metall- und Maschinenindustrie wurden insbesondere Spezialisten der verschiedensten Branchen angefordert. Recht aufnahmefähig zeigte sich die Schwarzwalder Uhrenindustrie im Billinger Bezirk insbesondere konnten junge Burschen und Mädchen leicht Stellung finden. In der Textilindustrie stellen vornehmlich Spinnereibetriebe Arbeiter ein. Die Nachfrage in der Lederindustrie hat sich gebessert, diejenige in der Holzindustrie hielt sich auf derselben recht beträchtlichen Höhe wie früher. Im Genussmittelgewerbe war eine Zunahme des Bedarfs an Zigarrenmachern im Bircaler Bezirk festzustellen. Die Nachfrage nach Schneidern und nach Bauhandwerkern ist recht gut; im Baugewerbe trat allerdings infolge des Schneefalles eine vorübergehende kleine Störung ein. Im Handel hat in den letzten Wochen die Nachfrage nach Kaufleuten wesentlich abgenommen. Weibliches Kochpersonal für Gast- und Schankwirtschaft und häusliche Dienstboten können nach wie vor nicht in der gewünschten Zahl vermittelt werden.

Valuta und Industrie.

Von Karl Wittmann.

„Höherem Auftrag entsprechend“ verfaßte ich im fünften Kriegsmonat zu Brüssel eine Denkschrift über die Zukunft Belgiens. Ich legte dar, daß nur der Sieger sich mit diesem Thema befassen könne, und daß Deutschland erst Sieger sein werde, wenn es (was ich für unmöglich hielt) England auf englischen Boden niedergeworfen habe. Diese Denkschrift fiel unter den Tisch des Hauses. Ich hörte nichts mehr von ihr. Nur daß ein Vertreter des Generalgouverneurs bei der nächsten Gelegenheit mit einem aus Entmutigung und Abneigung gemischten Lächeln mich als „Anke“ anredete, das durfte ich als Erfolg meiner Arbeit buchen.

Und als der Generalgouverneur die Friedhöfe Belgiens mit Denkmälern für gefallene deutsche Krieger bereicherte, und ich bei meinem Freund Neherst, dem bekannten früh verstorbenen Architekt, der die künstlerische Oberleitung hatte, die wichtigsten Entwürfe bewunderte und ihm einwarf: „Wozu dies alles? Es bleibt doch kein Stein auf dem andern, sobald wir das Land verlassen haben“, da rief er mir zu: „Anke!“ Er und niemand wollte glauben, was ich sagte, und was eintraf, wie ich gesagt hatte.

Im Frühjahr 1917 war ich in der Heimat. Da hatte ich lange Unterredung mit einem bekannten deutschen Volkswirtschaftler, der viele Zuhörer hatte auf Gebietsgewinn. Meine Ansicht, daß der status quo ante unter Verlust von Elsas-Lotharingen und unter Kompensation der Kriegskosten das Günstigste sei, was Deutschland werde erreichen können, brachte ihn aus dem Häuschen. Er nannte mich „Anke“ und mußte auf sein Büro.

Als im Sommer 1918 unser Heer in Frankreich Boden gewann, jedoch Reserve-Armee sich nicht zeigte und Deutschlands Presse endgültigen Sieg nahe sah, da rief Clemenceau, so wurde verkündet, sich die Hände: „Ca va bien, ça va très bien, J'en suis certain“. Ich konnte diese beiden Nachrichten nicht zusammenreimen und fragte den stets wohlinformierten Ernst Franke, den kürzlich auf der Rückreise von Verhandlungen in der Schweiz zu Freiburg verstorbenen Soziologen, einen vertrauten Freund Ballins, wie er die Lage beurteile. Er sagte mir: „Clemenceau hat alle Veranlassung, entzückt zu sein. Wir sind fertig, wir haben uns zu Tode gestiegt. Wenn nicht ein Wunder geschieht, sind wir unseren Feinden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.“ So sprach Anke zu Anke, und der Anke Ballin brach das Herz.

„Wenn nicht ein Wunder geschieht!“ Darin liegt! Von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, von Jahr zu Jahr hat Deutschland auf Wunder gewartet, nicht auf ein, sondern auf das Wunder. Wunder gab es wahrlich genug, chemische, physikalische, technische, wirtschaftliche, seelische. Daran fehlte es auch den Gegnern nicht. Das Wunder blieb aus.

Wie im Kampfe der blanken Waffen, so ist im Kriege der Valuta das Wunder des Glaubens liebtes Kind. Wiederum

warten wir darauf. So wenig wie damals, so wenig wird es heute geboren werden aus zitterndem Verlangen und banger Zuersticht eines Volkes, das darniederliegt. Die Weltnotwendigkeit erst wird es ans Licht rufen. Die Amerikaner können nicht nach Europa kommen, um uns zu befragen. So getöteten wir uns damals, und wir haben uns bitter getötet. Die anderen Völker brauchen uns als Lieferant und Abnehmer, sie können ohne uns nicht bestehen. So sagen wir jetzt und warten abermals. Ob wir uns nicht wieder täuschen?

Unterliche sind wenig beliebte Propheten. Sie haben bösen Willen oder schwarze Galle oder beides. Und wo einer als anständiger Kerl bekannt ist, gleitet man bestenfalls mit ablehnender Anerkennung über ihn hinweg. — zwar — aber — So ist in allen Ländern, so war es im Kaiserreich, so ist in der Republik auch. Ich habe sagen hören, daß es für einen ersten Wahner ohne den Resonanz- oder Konsonanzboden einer großen Partei, heute ebenso schwierig sei, Gehör zu finden wie vor dem Krieg oder während des Krieges. Ich bin natürlich sehr weit davon entfernt, dies zu glauben.

Wenn Intuition, geträgt auf Psychologie, Mathematik, Wirtschaftskunde und Geschichte, mehr sah, als Diplomaten, Strategen und die anderen hohen, unter Druck stehenden und drückenden Messias sehen konnten, wollten oder durften, so erheben Gedanken, die auf dem Aker des eigenen Faches gewachsen sind, doch wohl mit einigem Recht bescheidenen Anspruch darauf, nicht lediglich als zu pessimistisch gebücht, sondern sachlich widerlegt zu werden. Glücklich würde ich sein, wenn ich widerlegt würde.

Optimismus ist ein gut und unentbehrlich Ding für den, der mit Willen und Kraft an ein Problem geht, das mit Willen und Kraft gelöst werden kann. Der Stahlstift, unter dem sich die Schallplatte dreht, hat die Illusion, daß er die Bewegung hervorbringe, daß sein im Innern die Musik entströme, daß es so im Kreis endlos weiter gehe. Doch es ist kein Kreis, sondern eine Spirale, die den Stiff unmerklich nach außen führt und schließlich abseits stellt. Dann läuft die Platte leer. Wer dies voraussagt, ist kein Pessimist, vielmehr ein nüchterner Beobachter.

Am Schluß meines Aufsatzes „Die Schweizerischen Industrien im Jahre 1921“ (Nummer 55 vom 6. März) habe ich gesagt, daß die Schweiz in ihrer guten Valuta erliche, während Deutschland von seiner schlechten Valuta lebe, ein Scheinleben führe. Ich habe ferner gesagt, daß mit einer Besserung unserer Valuta sich das Schicksal Deutschlands erfüllen, daß schon eine bescheidene Steigerung der Mark um wenige Punkte die gründliche Umkehr unserer Verhältnisse herbeiführen und daß uns dann im großen gesehen werde, was heute der Schweiz im Kleinen geschieht.

Zur Abschwächung dieser Sätze liegt keine Veranlassung vor. Zugegeben mag sein, daß für eine wesentliche Steigerung unserer Valuta und für das Verharren auf einem höheren Pegelstand noch eine erhebliche Frist gegeben sein wird, denn es sind gigantische Kräfte am Werk, die auf die kümmerlichen Wertreste der deutschen Mark drücken und die durch hohe Politik und Spekulation, und die Kombination beider, erzeugten Schwankungen auszunützen verstehen. Die Billigkeit des Sahes, daß jeder Waisler im psychologischen Moment Gaufler werden müsse und umgekehrt, verliert für unsere heutigen Verhältnisse ihre praktische Bedeutung fast völlig; die Differenz um zwei Punkte, 100 gegen 98, ist kaum der Transaktion wert. Derselbe Differenz aber, 4 gegen 2, verdoppelt oder halbiert das eingesehte Kapital. So kann in der Nähe des Nullpunktes unbändig lang mit geringem Risiko spekuliert werden, wobei das deutsche Volkvermögen von Hausse wie von Bauffe nur Nachteile hat. Denn Steigerung der Valuta bringt Arbeitslosigkeit, weil das Ausland nicht mehr kauft, während ihr Geratgehen die ausländischen Rohmaterialien unerschwinglich machen und die inländische Kaufkraft in solchem Maße herabmindern wird, daß der deutsche Arbeitsmarkt in einer bisher unerhörten Weise verschlechtert werden muß.

Sicherlich wird eine meßliche Valutaverbesserung nicht allen Industrien Deutschlands die bisherigen Ausfuhrmöglichkeiten entziehen. So werden vielleicht die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes, die Erzeuger von Präzisionswerkzeugen und andere nicht oder nur wenig betroffen werden. Im Verkehrswesen wird die Textilindustrie nicht gehemmt sein. Wie in anderen Branchen Rohstoffe aus dem Ausland nicht mehr hereinschaffen kann, dem ist der Ausweg gegeben, sie von seinem Abnehmer brauchen zu beziehen und ihm betriebsbereit zurückzugeben, also Roharbeit zu verrichten.

Doch alle diese und andere Abschwächungen der Wirkung ändern nichts an der schon längst in Vorkriegszeiten von volkswirtschaftlichen Lehrbüchern bezeichneten Tatsache, daß hohe

Valuta und hohe Erwerbslosigkeit, niedrige Valuta und geringe Erwerbslosigkeit grundsätzlich zusammenfallen, und an der zweiten Tatsache, daß Deutschland, das heute für den Schweizerfranken 68 Mark zahlt, schon hohe Valuta haben wird, wenn ihm der Schweizerfranken nur 50 oder 40 Mark gilt.

Im Dezemberheft der Sammelmappe des Auswärtigen Amtes „Deutschland und die volkswirtschaftliche Lage“ hat Dr. Berger, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, eine Untersuchung über die Beziehungen zwischen Valuta und Erwerbslosigkeit veröffentlicht, die sich auf das Deutsche Reich, Österreich, die Tschechoslowakei, auf vier neutrale Länder, nämlich die Schweiz, die Niederlande, Schweden und Dänemark, sowie auf drei Siegerstaaten, nämlich Belgien, Italien und Großbritannien beziehen. Berger verkennt nicht, „daß in ziemlich allen Berichtsländern auf Höhepunkte der Valuta mehr oder weniger bald Höhepunkte der Erwerbslosigkeit folgen, und daß erst nach Eintritt einer Verschlechterung der Valuta eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt eingutreten pflegt“.

Da von altersher der vorsichtige Staatsbeamte die rauhe Tatsache, daß zweimal zwei gleich vier ist, bestenfalls durch die Vermutung andeutet, die Annahme dürfe vielleicht gerechtfertigt erscheinen, daß das Produkt von zwei und zwei unvorgreiflich in der Nähe von vier liegt, so will Berger dem Urteil über den Kaufkraftzusammenhang zwischen der Bewegung der Valuta und der Bewegung des Arbeitsmarktes nicht in den Arm fallen. „Weicht aber diese Kaufkraft“, so meint er, „dann ist auch unzweifelhaft erhärtet, daß das Valutaproblem kein nationales, sondern im dringendsten Sinne des Wortes ein europäisches, ja ein Weltwirtschaftsproblem bildet.“ Daß dem so ist, wissen wir und bedürfen keines Beweises.

In Deutsch-Österreich ging die Zahl der unterstützten Erwerbslosen vom Oktober 1919 bis zum Dezember 1920 (andere Zahlen liegen mir nicht vor) von 87 000 auf 17 000 herunter; in der Tschechoslowakei vom Januar 1919 bis August 1921 von 227 000 auf 29 000; in Deutschland vom Mai 1919 auf Dezember 1921 von 620 000 auf 147 000. In der Schweiz stiegen die Zahlen vom Januar 1920 auf Dezember 1921 von 4840 auf 76 500; in Schweden vom Januar 1920 auf August 1921 von 9100 auf 39 900 (erwerbslose Gewerkschaftsmittglieder); in Dänemark vom Dezember 1920 auf Dezember 1921 von 48 400 auf 64 000; in Belgien vom November 1920 auf Oktober 1921 von 35 600 auf 120 100 (erwerbslose Mitglieder der Arbeitslosenvereine); in Italien vom November 1919 bis November 1921 von 255 300 auf 455 000; in Großbritannien vom Oktober 1920 auf November 1921 von 472 000 auf 1 800 000. Die Bewegung der Valuta dieser Länder darf ich im großen und ganzen als bekannt voraussetzen; die Senkungen und Steigungen der einzelnen Wegstrecken sind hier ohne Belang. Das Gesamtergebnis ist, daß der Valutaturbe die Kurve der Arbeitslosigkeit nachfolgt.

Die Zahl der Erwerbslosen im Deutschen Reich betrug am 15. Januar 1921 rund 409 000, am 1. April 420 000, am 1. Juli 317 000, am 1. Oktober 189 000. Auf 1000 Einwohner kamen an diesen vier Stichtagen 14,5 — 14,9 — 10,9 — 6,8 Erwerbslose. Während in Deutschland die Zahl der Erwerbslosen auf 100 Mitglieder der Fachverbände von 6,0 im Juli 1920 auf 1,1 im November 1921 fiel, stieg sie vom Juli 1920 bis April 1921 in den Niederlanden von 4,9 auf 11,9; in Schweden vom gleichen Anfangstermin bis August 1921 von 2,8 auf 26,8; in Dänemark von 2,1 auf 17,7; in Großbritannien von 1,4 auf 17,8.

Stipp und Har stellt Regierungsrat Siller in einem Aufsatz „Der Arbeitsmarkt in Deutschland im Jahre 1921“ (Deutschland und die volkswirtschaftliche Lage, Sammelmappe des Auswärtigen Amtes, Februarheft 1922) den ursächlichen Zusammenhang zwischen Valuta und Arbeitslosigkeit dar, indem er sagt: „Als im Reichstag am 10. Mai die Annahme des Londoner Ultimatus beschlossen wurde, trat eine Änderung der Verhältnisse ein. Der Wert der Mark sank unter Schwankungen allmählich, im Juli und August bis auf 80 für einen Dollar. Sie näherte sich damit ihrem bis dahin tiefsten Stande (vorübergehend Februar 1920). Das Ausland begann nun in Deutschland in großem Umfang einzukaufen. In allen Gewerbezweigen setzte eine lebhaftere Tätigkeit ein, und Betriebe, die bis dahin ihr Dasein mühsam gestiftet hatten, waren bald für längere Zeit ausverkauft; die Warenbestände des Handels schmolzen dahin. Die Zahl der Erwerbslosen ging unaufhörlich zurück; sie erreichte einen Stand, so niedrig, wie er in der ganzen Nachkriegszeit noch nicht gewesen war. Die Belebung der deutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ist nur Ausdruck einer Scheinkonjunktur, auf dem Ausverkauf Deutschlands beruhend. Die Verdienste, die durch die Auslandsverkäufe

Mit einer Beilage: 31 öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

von Waren erzielt werden, fließen z. T. als Devisen in das unerfährliche Maß der Reparationen, z. T. reichen sie nicht aus, um Rohstoffe aus dem Auslande in einer zur Fortführung der Erzeugung nötigen Menge wiederbeschaffen zu können. Das führt zu weiterer Preissteigerung und allmählich zur Erschöpfung der Warenlager.

Hier wird nichts anderes gesagt, als was ich in den Schlussätzen meines ersten Artikels über diesen Gegenstand ausgesprochen habe, nämlich daß das Phänomen unerträglich ist. Der französische Exminister Loucheur hat sich vor wenigen Wochen so verhalten lassen: „Deutschland ist kein blühendes Land, obwohl es keine Arbeitslosen hat. Sein Wohlstand ist nur Fassade, und wenn man dieser Situation nicht ein Ende macht, dann bricht Deutschland genau so zusammen wie Österreich.“ Bereit sein ist alles.

Politische Neuigkeiten.

Ein Vertrauensvotum für Lloyd George.

Das englische Unterhaus sprach der Regierung mit 372 gegen 64 Stimmen sein Vertrauen aus. Die unabhängigen Liberalen und die Mitglieder der Arbeiterpartei, sowie einige Unionisten stimmten gegen das Vertrauensvotum, das folgenden Wortlaut hatte: „Das Unterhaus stimmt dem vom Obersten Entente-Rat in Genua angenommenen Beschlüssen zu. Diese Entschlüsse gelten als Grundlage für die Konferenz von Genua. Das Unterhaus unterstützt die englische Regierung in ihren Anstrengungen, um diesen Konferenzbeschlüssen zur Wirkung zu verhelfen.“

Zuvor hielt Lloyd George eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede, in der er seine Politik mit Nachdruck verteidigte. Wir werden auf seine Ausführungen noch des Näheren zurückkommen.

Die „Friedensbedingungen“ Lloyd Georges

Die englische Regierung legte dem Parlament kürzlich ein „Weißbuch“ vor: das Memorandum, das Lloyd George dem Rat der Fünf in Versailles am 26. März 1919 vorgelegt hat, nämlich am ersten Tag, wo auf Verlangen Lloyd Georges dieses engere Gremium an die Stelle der „Fünf“ trat. „Es war“, so schreibt der Londoner Korrespondent der „Ref. Wg.“, „die entscheidende Stunde, über die Francesco Nitti in seinem Buche „Das friedlose Europa“ (Deutsche Übersetzung: Frankfurter Societätsdruckerei, Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M.) sagt: „Als Lloyd George um sich herum keine Bemühungen mehr sah, den Frieden zustande zu bringen, sondern nur das Bestreben, Deutschland zugrunde zu richten, da hatte er in der außerordentlichen Bewusstseinsleistung seines Geistes, unbeschadet aller Gefahren, erkannt, daß man nicht vor dem wahren Frieden stand.“ Und er überreichte jene Denkschrift. Nitti gibt dieses historische Dokument in seinem Buche im Wortlaut wieder und er fügt die nicht minder interessante Antwort der französischen Regierung hinzu. Sie ist jenseitig, hochart und vernünftig.

Als die englische Regierung dieses Dokument dem Parlament vorlegte, war einiges Gerüchten, denn die Herren waren bislang nicht allgemein darüber informiert, daß Nitti dieses geheime Schriftstück in sein Buch aufgenommen hatte. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung fiel also auf. Es gab viele, die nichts anderes zu sagen wußten als: dieser Lloyd George, dieser Wahlschieber! ... Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß gewisse verganglichere Äußerungen Lloyd Georges nicht eines Neubruchs für würdig befunden werden können. Die Aufnahme der Denkschrift in der englischen Presse war darum geteilt. Die einen sehen eine wunderbar einheitliche Linie, die von der Erkenntnis dieses Schriftstücks bis in den Palazzo von Genua führt; die anderen aber meinen: gerade weil dieser Lloyd George klüger war als alle anderen, hätte er niemals zugeben dürfen, daß er durch Clemenceau so weit von seinem Ziele abgedrängt wurde. In der Tat ist der Weg, den Lloyd George in diesen Jahren gegangen ist, ein außerordentlicher. Lloyd George konnte klein und niedrig sein mit den Kleinen, und zugleich war er feherisch groß und im letzten Ende zielbewußt. Es wird sich lohnen, einmal dieses Problem in seine Tiefen zu verfolgen.

Am Schluß seiner Denkschrift formuliert Lloyd George praktische Vorschläge: „Grundsätze der Friedensbedingungen“. Nitti drückt sie nicht ab; „es ist wohl unnütz“, meint er, denn so vieles sei doch anders gekommen. Ist es unnütz? — Wilson

Garris, der keine der vielen Konferenzen der Alliierten verläßt hat, ist in der Lage, sie in der „Daily News“ wiederzugeben. Sie enthalten das folgende:

1. Alle Unterzeichner des Friedensvertrags werden ipso facto Mitglieder des Völkerbunds, mit der Bedingung, daß die hauptsächlichsten Mitglieder sich darüber einig werden, daß die dem Völkerbund angehörenden Mitglieder die Beschränkung ihrer Rüstungen annehmen und die Wehrpflicht abschaffen.

2. Deutschland erkennt an, daß die Türkei ihr gesamtes Territorium Mandatsmächten übergibt, die dem Völkerbund verantwortlich sind.

3. Deutschland zahlt als Wiedergutmachung „eine jährliche Summe für eine bestimmte Zahl von Jahren. Deutschland soll eine Reihe von Jahren zugebilligt erhalten, während deren es sich zur Bezahlung des vollen jährlichen Betrags emporschnitten soll. Ein Teil der deutschen Zahlungen soll zur Erledigung der Schulden benützt werden, die die Alliierten untereinander haben.“ (Die Ausführungsregeln sind vom Gewährungsmann der „Daily News“ gemacht.)

4. Deutschland soll vollen Zugang zu den Rohmaterialien und Weltmärkten zu denselben Bedingungen wie die Alliierten erhalten und zwar sofort, wenn es den Frieden unterzeichnet.

5. Kein Versuch, die Rheinischen Provinzen vom Rest Deutschlands zu trennen. Diese Provinzen sind zu demilitarisieren und es dürfen keine Truppen in diese Zone geschickt werden, gleichviel für welchen Zweck, ohne vorherige Mitteilung an den Völkerbund. Großbritannien und Amerika verpflichten sich, Frankreich „mit ihrer ganzen Macht“ zu helfen, wenn Deutschland seine Truppen ohne Zustimmung des Völkerbunds über den Rhein schiebt. Diese Garantie soll bestehen, bis der Völkerbund sich selbst als eine genügende Sicherheit erwiesen hat.

Diese Vorschläge geben, so schreibt der Korrespondent, einen tiefen Einblick. Man wird immer wieder auf Grundzüge stoßen, die die Politik Lloyd Georges heute noch beherrschen: vom Moratorium bis zur demobilisierten Zone im Rheinland. Nur die türkische Politik hat sich eine wesentliche Änderung gefallen lassen müssen. Es zeigt sich in diesen Vorschlägen, wie auch im Memorandum selbst, ganz deutlich, wie die Idee der Abrüstung (nicht nur Deutschlands!) die Politik Lloyd Georges zentral beherrscht. Sie hat für ihn etwas unbedingt Realpolitisches. Was Lloyd George damit meint, ist für England nicht weniger wichtig als die ökonomische Rekonstruktion. Beides ist überdies untrennbar miteinander verknüpft.

Die Rede Poincarés.

In der französischen Kammer führte Ministerpräsident Poincaré nach einer Rechtfertigungsrede Briands aus:

Das Abkommen von Washington wird dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Es gibt uns nicht jede gewünschte Genugtuung betriebs des Schicksals unserer Vorkämpfer in Stillen Dessen, aber es bietet uns Vorteile, und wir bitten Sie, ihm zuzustimmen. Was nun das Abkommen über die Rüstungsbeschränkung betrifft, so hoffe ich, nachdem ich es geprüft habe, daß die Kammer dem Wunsch haben werden, sich der edlen Tat des Präsidenten Harding anzuschließen. Eine Debatte über diesen Gegenstand wäre jetzt verfrüht.

Der Ministerpräsident geht alsdann zur Konferenz von Genua über. Zwei Punkte kamen in Betracht: 1. Wird Deutschland ein Moratorium zugestanden, und im bejahenden Falle, welche Garantien wird man bezüglich der Finanzen Deutschlands nehmen? Das sei der wichtigste Punkt für Frankreichs Zukunft. 2. Wie werden die von Deutschland schon gezahlten Beträge verteilt? Unsere Alliierten glauben, daß Poincaré fort, daß in dieser Hinsicht eine feste Verpflichtung Frankreichs vorliege. Es handelt sich um ein Mißverhältnis. Ich habe Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um die Wiederkehr derartiger Zwischenfälle zu verhindern. Wegen der Sachverhalte wurde beschlossen, daß ihre Arbeiten in keinem Falle in Zukunft die Regierungen binden können. Außerdem wurde vereinbart, daß der Ministerpräsident selbst nur ad referendum verpflichtet werden könne, und daß die Rechte des Parlaments in allen Teilen gewahrt bleiben. — Der Ministerpräsident verliest dann die in Genua zwischen den Alliierten getroffene Entschliessung für die Organisation der Konferenz von Genua und erinnert daran, daß die Ministerpräsidenten vor nicht genug Autorität besäßen könnten, um direkt zu handeln, und daß die Parlamente befragt werden müßten.

Er kommt zu dem Teil der Entschliessung, der die Garantieforderungen der Alliierten für die Zulassung Rußlands zu der Konferenz betrifft. Briand habe einige Punkte dieser Entschliessung näher erläutern lassen, da die Fassung ihm nicht befriedigt habe. Poincaré geht dann nochmals auf die Angelegenheit ein, die ihm Sowjetvertreter in London, Berlin und Prag bezüglich der Konferenz von Genua zugehen ließen. Er erneuert seine getragenen Erklärungen. Er spielt auf die von Rathenau im Reichstag gesprochenen Worte an und sagt be-

sonders: Das Communiqué, das auf die Zusammenkunft von Boulogne folgte, war eine im voraus erteilte Antwort auf diese Rede. Die französische Regierung hat keinen anderen Wunsch, als mit ihren Alliierten die gemeinsamen und die eigenen Rechte zu verteidigen, und wünscht nicht, über sie einen Vorteil zu erringen. Ein Vertrag, sagt Poincaré feierlich, wurde von Deutschland und den Alliierten unterzeichnet, und er muß heilig sein (Beifall). Wir haben verlangt, daß er weder direkt noch indirekt in Genua in Frage gestellt werde. In Genua kann Deutschland nicht über die Höhe unserer Forderungen diskutieren, noch versuchen, sich auf diese oder jene Macht zu stützen, um in irgend einer Weise auf die einstimmige Entscheidung der Alliierten zurückzukommen. Rathenau hat gesagt, das bedeute das Verz der Konferenz von Genua zu entfernen. Das ist übertrieben. Jedenfalls können wir uns durch unsere Anwesenheit in Genua nicht solchen Debatten anschließen. In Genua werden wir vor die Reparationen das in Deutschland so verbreitete Schloß setzen: „Verbotten“, (Lachen und Beifall.)

Poincaré spricht alsdann von der russischen Schuld und erklärt: Die Masse der Leute, die die russischen Anleihen geschmeißelt haben, haben das nicht getan, um das russische Volk zu unterdrücken (Beifall), wie man behauptet hat, sondern um Frankreich ein Bündnis zu sichern, das Sowjets veranlassen haben. (Lachender Beifall.) Deshalb kann mit Rußland kein Vertrag abgeschlossen werden, bevor von seiner Regierung die Vorkriegsschulden anerkannt sind. Poincaré sagt weiter, das Programm von Genua sei ungenügend. Es umfasse die Ausarbeitung des wirtschaftlichen Status Rußlands und den wirtschaftlichen Wiederaufbau von ganz Europa. In dieser Hinsicht müßten alle Rechte, die Frankreich auf Grund der Verträge besitzt, gewahrt werden sowie alle Vollmachten der Reparationskommission. Nur unter diesen Bedingungen könne Frankreich den Alliierten seine Mitwirkung leisten. Wenn diese Bedingungen erfüllt würden, werde Frankreich nach Genua gehen, nicht weil es sich dazu verpflichtet habe, sondern weil es den Willen habe, mit den anderen Völkern an einem Werk zu arbeiten, das nicht gefahrlos sei, das aber auch nicht ruhmlos sei. In Genua werde Frankreich trotz der Schwierigkeiten versuchen, dieses Werk fruchtbringend und dauerhaft zu gestalten. Wäre dies der Fall, so würde die Welt ein besseres Frankreich als der Stern von Genua ein Frisch geworden. Vielleicht. Aber ob Frisch oder Stern, Frankreich geht immer auf das Licht zu. In Genua wird Frankreich der Finsternis den Rücken kehren. Es geht auf die Helligkeit zu.

Als der Ministerpräsident die Tribüne verließ, begrüßte ihn langer und einstimmiger Beifall. Briand beglückwünschte Poincaré auf der Regierungsbank.

Die Kammerdebatte über die Interpellationen zur auswärtigen Politik der Regierung wurde gestern Abend beendet. Der Tagesordnung Erlich wurde mit 484 gegen 78 Stimmen die Priorität zuerkannt. Die Tagesordnung lautet: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie vertraut darauf, daß die Regierung auf der Konferenz von Genua die Rechte und Interessen Frankreichs wahr unter den Bedingungen und mit Hilfe der Garantien, die im Memorandum der französischen Regierung vorgelesen sind. Die Kammer lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über. Die Tagesordnung wurde schließlich mit erhobenen Händen angenommen.

Das Fiasko der französischen Regierungspolitik.

Die Tätigkeit der Reparationskommission unterzieht Philippe Willems in „Europe Nouvelle“ einer scharfen Kritik. Er meint, die Kommission sei selbst schuld, wenn sie von den alliierten Regierungen immer wieder zur Seite geschoben werde. Statt zur Lösung des Reparationsproblems beizutragen, habe sie sich bisher darauf beschränkt, den verbündeten Regierungen entgegenzuarbeiten und ihre Entscheidungen zu verschleppen. So arbeite sie auch jetzt wieder an der ihr überwiesenen Aufgabe, die Möglichkeit einer internationalen Reparationsbankette zu prüfen, mit einer verhängnisvollen Schwerfälligkeit. Trotz der Anstrengungen der vernünftigsten ihrer Mitglieder habe sie sich in zwei Wochen noch nicht einmal über die Zusammenfassung des technischen Komitees zu einigen vermocht, das mit der Erhaltung eines Gutachten betraut werden sollte. Dubois, der ein Mann von großen Fähigkeiten, aber ohne jede Entscheidungskraft sei, verwende seine beste Energie dazu, die Kommission am Handeln zu verhindern. Wenn diese sich nicht aus ihrer Erstarrung aufrichte, so werde sie es sich gefallen lassen müssen, daß die Regierung auf Neue über ihre Köpfe hinweg die Reparationsfrage selbst in die Hand nehme.

Eine Politik der unfruchtbarsten Schlagworte nennt Gaston Jeze in der „Ere Nouvelle“ die Politik der französischen Regierung in der Reparationsfrage. In den drei Jahren seit dem Abschluß des Waffenstillstandes habe diese Politik ein völliges Fiasko erlitten und trotzdem habe die französische Regierung bisher nicht den Mut gefunden, die begangenen Irrtümer einzusehen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Es sei lächerlich, immer wieder die französische Kriegsschuldigung von 1871 zum Vergleich heranzuziehen. Frankreich sei damals zwar auch besiegt, aber nicht bis zum Verbleiben geschwächt gewesen. Seine Währungs- und seine Kreditverhältnisse seien unerschüttert geblieben und die verlangte Entschädigung von 5 Milliarden habe keine wirtschaftlichen Kräfte nicht überfordert. Gerade umgekehrt lägen die Dinge heute in Deutschland. Dieses habe weder Geld noch Kredit. Es habe nur ein Mittel, um seinen Verpflichtungen nachzukommen, die Arbeit, und wenn es den besten Willen hätte, so müßte es lange Jahre und mit Hockdruck arbeiten, um sich auf diesem Wege seiner Schuld zu entledigen. Wenn Frankreich von Deutschland bezahlt sein wolle, dann müsse es zunächst Deutschland die Möglichkeit geben, zu arbeiten und zu produzieren. Bisher aber habe man gerade das Gegenteil getan. Zwei Jahre lang habe man deutsche Sachleistungen abgelehnt. Inzwischen habe man zwar den Vertrag von Wiesbaden abgeschlossen, seine Ausführung aber werde lahmgelegt durch die Errichtung von Zollbarrieren, die Lieferungen in größerem Maßstab ausschließen. Von der gleichen Unfruchtbarkeit sei die französische Politik in der Frage der Mobilisierung der deutschen Schuld. Frankreich wolle zwar die internationale Anleihe, verbündete aber gleichzeitig, daß Deutschland dafür ausreichende Garantien zur Verfügung stellen könne, ohne die jede Kreditoperation unmöglich sei. Es sei Zeit, daß die französische Regierung sich endlich einmal überlege, was sie eigentlich wolle.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde ein Gesetzentwurf wegen Heraushebung der Unfallversicherungsbeiträge für die Zwangsversicherung der Betriebsbeamten und die See-Unfallversicherung von 40 000 M. auf 75 000 M. an den sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Sodann wird ein Initiativgesetz auf Änderung des Gesetzes über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zur Nichterlebensbahn nach kurzer Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Etats der Reichsministerien des Innern. Der Etat des Auswärtigen Amtes wird zurückgestellt, da Minister Rathenau am Erscheinen verhindert ist. Minister Dr. Ritter: Der Etat des Innern schließt mit 2400 Millionen ab. Davon entfallen auf die direkten über

Konzert- und Wochen-Rückblicke.

Der 8. Abend der Brahms-Festerte führte vergangene Woche mit dem Quartett, g-moll, für Klavier, Violine, Bratsche und Cello, op. 25, und dem Quintett, f-moll, für Klavier, zwei Violinen, Bratsche und Cello, op. 34, in Brahms' eigenliche Kammermusik hinein. Dazwischen sang Paula Meyer vom Landestheater die zwei Gesänge, op. 9, für Altstimme mit Bratsche und Klavier mit ihrem prächtigen, klangvollsten Organ. Besonders das „Geistliche Wiegenlied“ wird von einer innigen, feuchten Melodie getragen und verbindet sich mit Bratsche und Klavier zu einem zauberhaft leuchtenden Tongewebe. Heinrich Müller und Dora Mattes spielten die Begleitstimmen in sein anscheinender Weise.

Das einleitend vorgelegene g-moll Quartett kommt aus der Frühzeit und ist mit seinen padenden musikalischen Eingebungen, den romantischen und vollstimmlichen Elementen und der plastischen Form ein sehr denkwürdiger Wert. Mit freudiger Hingabe setzten sich die Herren Voigt (Violine), Müller (Bratsche), Trautvetter (Cello) und Fel. Dora Mattes (Klavier) mit ganzem Können für Brahms ein, Präzision des Zusammenspiels, Klarheit und Klangschönheit des Vortrags dürfen der Wiedergabe nachgerühmt werden. Der letzte Satz, das Rondo alla Zingaresca, war vielleicht zu sehr geübt, man vernahmte den feurigen Schwung.

Das Quintett hat monumentalen Charakter. Es ist eines der großzügigsten Brahms-Werke, besonders in den Schöpfungen von einer Kühnheit der Anlage und einem Reichtum der Gedanken, die oft die Übersicht erschweren. Eine herbe Größe spricht besonders aus dem ersten Satz; der düstere Charakter schwindet auch in dem kontrapunktlich vielgestaltigen Finale nicht ganz, obwohl das Allegro ausgeräumt und heiter endet. Die Tendenz wurde mit tiefer Verinnerlichung gespielt. Die Harmonik der ersten Sätze und die padende Rhythmi der beiden Schlüsse erfuhren eine ausdrucksstarke Interpretation, die intensives Studium verriet. Fel. Mattes erwies sich als temperamentovoller Pianist, die von Klavierpart mit technischer und musikalischer Sicherheit gestaltete. Sie erriete am Schluß zusammen mit den Herren Voigt, Trautvetter, Müller und Trautvetter fürwahrigen Beifall.

Zugunsten der Kindererholungsfrage veranstaltete der Verein Jugendhilfe im kleinen Saal der Festhalle ein Konzert, dem ein freundlicher Erfolg beschieden war. Der 1. Teil des Programms umfaßte dreistimmige gemischte Schülerchöre, die sorgfältig eingeübt in feiner klangerfüllter und rhythmisch präzise vorgetragen wurden. Zwischen durch sang Fräulein Lilly Kiefer, die über einen schönen, leicht anprechenden Sopran verfügt, Nieder von Gulenberg, Humperdint und Schubert mit hübschem, ausdrucksvollem Vortrag. Im 2. Teil wurde die Wärendendichtung von Sagan „Dem Matzenfänger im Zauberberg“ dargeboten. Hauptlehrer Wilhelm Wäher führte mit einleitenden Worten die Zuhörer in die Dichtung ein, die aus Chören mit Solofällen, verbindendem Text und Klavierbegleitung zu einem andrucksvollen Kunstwerkchen verflochten ist. Am die Solofallen machten sich Lilly Kiefer (Sopran) und Silbe Meyer (Mezzosopran), um die Deklamation Hilde Ries, um die Klavierbegleitung Hauptlehrer Haberstroh, um die Gesänge der Chor der Tischlerstraße und um die Gesamtleitung Oberlehrer Heinrich Lehner redt verdient. Die Veranstaltung erfreute sich eines großen Besuchs, so daß der edle Zweck glücklich gefördert wurde und allen Mitwirkenden Lob und Dank für ihre selbstlose Hilfe gebührt. G. M. r.

Badische Kunstballe.

Auf vielfachen Wunsch wird die Ausstellung von Photographien und Originalen „Deutsche Plastik des Mittelalters“ noch bis Ostern gezeigt werden, alsdann wird sie abgeräumt, um die Herrichtung der Räume vorzubereiten. Inzwischen geht die Abteilung der holländischen Kleinmeister sowie der Saal französischer Malerei des 18. Jahrhunderts ihrer Fertigstellung entgegen und werden bald nach Ostern dem Publikum zugänglich gemacht. Die Holländer werden in dem Korridor des ehemaligen Kupferstichkabinetts, der durch Einbauten in Kabinette zerlegt wurde, untergebracht. Durch diese Maßnahmen werden fünf bisher ungenutzte Räume gewonnen, die es ermöglichen, das Prinzip der Anordnung auch in dieser Abteilung beizubehalten und durchzuführen. Gleichzeitig ist darauf aufmerksam gemacht, daß die badische Kunstballe vom 1. April an den Besuchszeiten nachmittags von 2—4 und von 5—7 Uhr geöffnet ist.

motierten Kriegsfolgen wie Schutzpolizei, Reichswasserfchuh und Technische Nothilfe rund 2 Milliarden, so daß rund 400 Millionen Mark für die weiteren Zwecke übrig bleiben. Von dieser Summe sind noch die Ausgaben für die rheinischen Besatzungsgebiete, für die ehemaligen Kabinettsanstalten, die Kriegsgräberfürsorge, die Zentralnachweisbehörde, die Belämpfung der Säuglingssterblichkeit usw. in Höhe von rund 300 Millionen Mark abzuziehen, so daß für Verwaltung- und Kulturaufgaben nur etwa 120 Millionen Mark übrig bleiben. Sparsamkeit ist notwendig, aber angesichts der ganzen Sachlage bei uns ist auch von einem besonderen Sparsamkeitsministerium nichts zu erwarten. Das Reichsministerium des Innern ist für die Sparsamkeitsaufsicht die in Frage kommende Instanz. Namentlich die Gesundheitspflege erfordert besondere Ausgaben, und es werden noch Jahrzehnte vergehen, ehe wir die schweren Kriegsfolgen aus dem deutschen Volkshörper herausgebracht haben. Dazu drohen ständig neue Gefahren durch die Flüchtlinge aus dem Osten. Ehe das Volk nicht körperlich wieder hergestellt ist, kann es geistig, moralisch und politisch nicht gefunden. Hierzu gehört in erster Linie die Pflege der Jugend. Schon haben sich deutsche Jugendliche zusammengekauert, um Tausende von unsittlichen Schriften zu verschlingen. Dieser Geist unserer Jugend muß gepflegt werden. Er ist wichtiger für uns, als neue Gesetzesparagrafen. Dazu muß auch die Sorge für den geistigen Arbeiter mehr vertieft werden. Der deutsche Journalist droht von Jahr zu Jahr immer mehr in Abhängigkeit vom Kapital zu kommen. Wir müssen erwägen, ob wir nicht diesen deutschen Journalisten geistlich helfen können. Dabei will ich zugleich der augenblicklichen Notlage der deutschen Presse gedenken. Das ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern eine Frage, welche den Aufbau des geistigen und politischen Lebens Deutschlands tief berührt. Ein weiterer Zusammenbruch und Ausfall von Tugenden kleinerer Zeitungen hätte nicht nur schlimme wirtschaftliche Folgen, sondern würde auch für unser gesamtes politisches Leben, sowie für den Aufbau unseres politischen Gemeinwesens von der größten Tragweite sein. Die weiten Schichten unseres Volkes sind schon durch kaiserlichen Erlaß seinerzeit zur Mitarbeit im offiziellen Leben aufgerufen worden. Wenn die Rechte daher das parlamentarische Deutschland bekämpft, so bekämpft sie etwas, was schon unter der kaiserlichen Regierung beschlossene Sache war. Wir werden jedenfalls den Volksstaatsbegriff verteidigen gegen rechts und links. Wir werden keine Gefinnungsstimmerei treiben und nicht heimlich sein, aber wir werden verlangen, daß der Beamte fest auf diesem Boden steht. Ohne Symbol ist kein Staat möglich. Möge auch die Rechte Respekt vor diesem Symbol haben. Führen Sie evtl. den Kampf, aber in einer Form, die den Blick auf das Ausland nicht verliert. Tief bedauerlich ist es, wenn Auslandsdeutsche lieber Amerikaner werden, als die neuen deutschen Farben anerkennen. Auch wir wollen ein neues deutsches Nationalbewußtsein aufwachsen lassen. Erschließen wir den staatsrechtlichen Begriff des Rechts mit sozialem Verantwortungsbegriff, mit republikanischem Staatsbewußtsein, dann werden wir das werden, was wir sein müssen, nach außen eine Nation, nach innen ein Volk. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Der Minister würde seine Stellung erleichtern, wenn er sich bei seinen Gedanken über staatsrechtliche Fragen, insbesondere seinen Beamten gegenüber größere Reserve auferlegen würde. Redner erkennt an, daß trotz der Ausdehnung des Umfangs des inneren Ministeriums der Staat eine bemerkenswerte Sparsamkeit aufweise. Die Tätigkeit der Abteilung für Siedlung, Erziehung und Jugend ist besonders dankenswert gewesen, und es ist nur zu wünschen, daß die Länder und Gemeinden von dem gleichen Geiste erfüllt würden. Die Frage des besetzten Gebietes ist eine gemeinsame Angelegenheit und muß in Geleit und Verwaltung so behandelt werden. Die Technische Nothilfe ist kein Ideal, sondern ein Notzustand. Wir wissen ihr aufrichtigen Dank und können ihr keine Abstriche machen. Ebenso begrüßen wir die Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung, sowie auch die Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendpflege. Auf die Vorzensur können wir nicht verzichten. Wir werden an eine Revision des Reichsjustizgesetzes herantreten müssen.

Abg. Dr. Mumm (D.-Natl.) verlangt volle Freiheit der Besinnung auch der monarchischen (Reim links) und spricht dann gegen den Schmutz und Schund. — Heute nachmittags 2 Uhr Weiterberatung. Vorher Anfragen und dritte Lesung des Mantelgesetzes. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die neuen Lohnerböhdungen für die Reichsarbeiter.

Am 30. und 31. März fanden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Lohnerböhdungen für die Arbeiter des Reiches statt, die sich aus der Regelung der Beamtengehälter ergeben. Die Gewerkschaften hatten bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung Lohnliste festgelegt, die für den 24. Jahre alten Lohnempfänger der Ortsklasse A in der Lohngruppe 1 einen Stundenlohn von 12,55 M., in der Lohngruppe 7 für Angehörte von 11 M. vorsah. Die neuen Beschlüsse des Reichstages machten eine neue Eröhdung notwendig, so daß der neue Stundenlohn jetzt für die beiden eröhdeten Gruppen 13,20 M. bzw. 11,75 M. beträgt. Die Lohnausbesserungen für die Arbeiter ab 1. April ergeben für den folgenden folgende Beträge: In der Ortsklasse A 8,45 M., Ortsklasse B 8,35 M., Ortsklasse C 8,25 M., Ortsklasse D 8,15 M., Ortsklasse E 8,05 M.

Der Verheiratete mit zwei Kindern erhält unter Berücksichtigung der Frauenzulage in Höhe von 1 M. in Ortsklasse A 8,85 M., Ortsklasse B 8,75 M., Ortsklasse C 8,65 M., Ortsklasse D 8,55 M., Ortsklasse E 8,45 M.

In Lohngruppe 7, welche die ungelerten Arbeiter umfaßt, betragen die Summen für die folgenden der Ortsklasse A 8,30 M., in B 8,20 M., in C, D und E 8,10 M. Der Verheiratete mit zwei Kindern erhält in Ortsklasse A 8,70 M., in B 8,60 M., in C, D und E 8,50 M.

Zum Attentat auf Miljukow

Die „Ziff. Bg.“ folgende Bemerkungen:
„In Berlin haben ehemalige zaristische Offiziere versucht, den früheren russischen Außenminister Miljukow tozuschützen. Das ist ihnen nicht gelungen, aber sie haben dabei seinen Freund Rasolow ermordet und einige andere Russen mehr oder weniger schwer verletzt. Die zwei verhafteten Attentäter sind eigens von München, das in der Vesperbergung reaktionärer Elemente jetzt mit Ungarn im Wettbewerz zu stehen scheint, nach Berlin herübergefahren, ein Beweis, daß es sich für sie um eine wichtige Sache gehandelt haben muß. In Zeiten wie den jetzigen, die an Leid und Seele der Menschen sehr hohe Ansprüche stellen und den Gemütszustand auch ruhiger Leute fortgesetzt schwer erschüttern, häufen sich ergebnismäßig nicht nur die gemeinen Verbrechen wie Mord, Raub und andere Gewalttaten, sondern es wächst auch namentlich die politische Verwilderung. Verschiedene noch immer ungeklärte Morde aus den Zeiten der Revolution selbst, die Verwilderung an Gareis und Erberger sind eine bedenkliche Vorstufe für die bei uns eingetretene politische Verwilderung. Daß aber die Bel uns zu Worte weilenden Ausländer, mögen sie nun aus diesem oder jenem Grunde glücklich sein, den deutschen Boden benutzen, um hier durch menschenverderbliche Pöbelschiffe ihre Rache zu befriedigen oder ihre Abneigung gegen den politischen Gegner auszudrücken, scheint zu beweisen, daß man gegenwärtig Deutschland für das Land hält, das sich am besten zur Einführung von asiatischen oder vorklassischen eignet. Namentlich ist das für uns nicht, wiewohl wir uns sagen müssen, daß sich solche Gewalttaten wider Deutschen schwer verhalten lassen.“

Wir haben für Herrn Miljukow, der es mit seiner Demokratie für vereinbar hielt, die nationalstischen Macht- und Kriegspläne der Sazonow-Revolution zu unterstützen und der sich nachher, als er durch die Revolution zum Außenminister berufen wurde, wie sein Chef Kerenski mit Haut und Haaren der Kriegspolitik und den imperialistischen Plänen der Entente verschrieb, nicht die geringste Sympathie. Deutschland hätte vermuthlich von einem Regime Miljukow nichts zu erwarten. Aber es ist eine unerträgliche Verletzung des Völkerechts, wenn russische Partisanen hierher kommen, um angeblich den Sturz des monarchischen Systems zu rächen. Abgesehen davon, daß das heutige Deutschland als Freistaat für eine solche Betätigung monarchistischer Gesinnung ganz besonders ungeeignet ist, wollen wir nicht, daß fremde Parteigegegense hier mit der Pöbelschiffen ausgetragen werden. Das Völkerecht sei heilig. Aber die staatlichen Gewalten werden sich in der Ausübung der Fremdenpolizei in Zukunft die Menschen, die ihren Schutz in Anspruch nehmen, sehr genau anzusehen haben. Mindestens aber hoffen wir, daß Verbrechen, die hier begangen werden, mit der vollen Strenge des Gesetzes geahndet werden. Sonst würde Deutschland, in dem und auf dessen Kosten einst die fremden Völker mit Vorliebe ihre blutigen Hände austragen und ihre Raubgier befriedigen, in den Kreisen der Menschlichkeit mit oder ohne politischen Weigeschmack zu einer fatalen Beketheit gelangen. Es ist aber doch wohl besser, daß Deutschland auf die Anwesenheit von Zeitgenossen wie Teiliran, Schabetski und Laboriski verzichtet, als daß harmloseren und weniger exaltierten Leuten der Aufenthalt hier verleidet wird.“

Der deutsche Außenhandel im Februar.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts weist die deutsche Außenhandelsstatistik auch für den Monat Februar in Papiermark einen Ausfuhrüberschuß auf. Dies Ergebnis ist zunächst darauf zurückzuführen, daß Deutschland, als die Mark im Sommer 1921 zu sinken begann, große Käufe an Getreide und sonstigen Lebensmitteln und Rohstoffen getätigt hat, während es sich im letzten halben Jahre infolge des Kaluaturges bei den Auslandskäufen starke Beschränkungen auferlegen mußte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die geringeren Mengen, die importiert worden sind, bei verhältnismäßig hohen Markkursen bezahlt wurden und daher mit entsprechend niedrigeren Markbeträgen in der Statistik erscheinen.

Auf der Seite der Ausfuhr dagegen kommt die Steigerung der Papiermarkpreise viel stärker zum Ausdruck, da die Exporte zu einem erheblichen Teil — infolge der Außenhandelskontrolle in wachsendem Maße — in Auslandsvaluta fakturiert und zu den stark gestiegenen Markkursen des Monats, in dem die Ausfuhr stattfand, in Papiermark umgerechnet werden. Während der Einfuhr die Markkurse der Zahlungstermine zu Grunde liegen, kommen in den Ausfuhrwerten also teilweise die Markkurse des Referenzmonats zum Ausdruck. Infolgedessen sind die Papiermarkbeträge der Einfuhr mit denen der Ausfuhr, an ihrem Goldwert gemessen, nicht vergleichbar. Die Handelsbilanz erscheint, in der schwankenden Papierwährung ausgedrückt, daher günstiger, als sie bei Zugrundelegung eines einheitlichen Wertmaßes wäre.

Die Einfuhr hat im Spezialhandel 14,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 12,0 Milliarden Mark, die Ausfuhr 17,5 Millionen Doppelzentner im Werte von 14,6 Milliarden Mark betragen. Gegenüber dem Vormonat ist somit die Einfuhrmenge um 3,8 Millionen Doppelzentner, der Einfuhrwert um 0,5 Milliarden Mark zurückgegangen. Die Ausfuhr weist bei einem Mengenrückgang um 2,8 Millionen Doppelzentner infolge der Preissteigerung der Waren eine geringere Wertzunahme um 12 Millionen Mark auf. Infolge des weit stärkeren Rückgangs der Einfuhr, der hauptsächlich bei Weizen, Getreide und Sämereien, Baumwolle, Eisenzeug und unedlen Metallen, vor allem Kupfer eingetreten ist, hat sich der Ausfuhrüberschuß auf 2,5 Milliarden Mark erhöht. Immerhin weist die Bilanz der 10 Monate Mai/Februar noch einen Einfuhrüberschuß von 7,8 Milliarden Mark auf.

Die Militärdienstzeit in Polen.

In der Warschauer Militärkommission stellte der sozialistische Abgeordnete Liebermann eine Anfrage, in der er erklärte, daß die von der Regierung beabsichtigte Einführung einer zweijährigen Dienstzeit nach Ansicht seiner Partei unmöglich sei. Der amerikanische Senat sei bereit, den europäischen Staaten die Zahlung ihrer Schulden unter der Bedingung zu funden, daß die Militärdienstzeit eingeschränkt würde. Das polnische Militärbudget betrage 25,8 Prozent aller Staatsausgaben und sei daher das größte in Europa. Der Finanzminister Michalski erklärte, daß er nach der Zusammenstellung der entsprechenden Einzelheiten auf die Anfrage Liebermanns antworten werde. Der Chef des Generalstabes erklärte, die zweijährige Dienstzeit sei für Polen unentbehrlich.

Zum Tode des Erkaisers Karl.

Die Regierung hat eine zweitägige Laubesträuer angeordnet. Trauerflagen und Glockengeläute verkünden den Tod Kaiser Karls nach außen. Dagegen betonen die politischen Kreise ohne Unterschied der Parteistellung übereinstimmend die Schwere der inneren Situation. Die Anhänger der freien Königswahl erblicken in dem Ereignis nur ein persönliches Schicksal, während die legitimistischen Kreise die eventuellen staatsrechtlichen Folgen des unerwarteten Ereignisses erörtern und den ältesten Sohn des Verstorbenen, Erzherzog Otto, als den unbedingt einzigen gesetzlichen Nachfolger erklären. Dagegen behauptet die Landwirtpartei die Königsfrage als Angelegenheit nicht der eventuellen Thronüberber des Hauses Habsburg. Die Legitimisten überhäufen die Entente mit schweren Vorwürfen, weil ihr rüdes Vorgehen zu dieser Katastrophe geführt habe. Die Legitimisten fordern die Verbringung der Leiche Karls nach Budapest und die Eröhdung des Thronalters unter ungarischer Obhut. Aber die Stellungnahme der Regierung zur staatsrechtlichen Seite der Frage ist bisher nichts bekannt.

Kurze polit. Nachrichten.

„Nietenschiebungen in Breslau? Aus Breslau wird der „D. Z. a. M.“ gemeldet, daß bei einer oberösterreichischen Reichswirtschaftsstelle große Säeböden aufgedeckt worden sind und daß es sich dabei um 75 Millionen Mark handelt. Angesehene Breslauer Kaufleute seien bereits beschafet worden.“

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Das Unterrichtsbudget
Beriet gestern nachmittags wiederum der Haushaltsausschuß. Eine Eingabe des Philologenvereins, welche anstatt 39 neuen Stellen für Lehramtspraktikanten deren 79 verlangt, wurde von allen Parteien befürwortet, da die Anstellungsverhältnisse der Lehramtspraktikanten seit Jahren schlechte sind; es fand die folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Eingabe des Philologenvereins wird der Regierung zur Kenntnisnahme, hinsichtlich des Lehramtspraktikantenjahrganges 1913 empfehlend in dem Sinne überwiesen, daß die Regierung in eine nochmalige Prüfung der planmäßigen Anstellung dieser Lehramtspraktikanten eintreten möge.“

Bei der Position: „Lehrerbildungsanstalten“ war zu konstatieren: Es sind in Baden 226 Schulkandidaten und 325 Schulkandidatinnen, also insgesamt 551 Schulanwärter vorhanden, die auf Anstellung warten. Sie reduzierten sich in letzter Zeit auf 490, aber an Ostern d. J. kommen wieder neue Anwärter hinzu. In anderen Ländern sei es nicht besser. Auf das ausgesprochene Bedauern mehrerer Ausschußmitglieder antwortete der Unterrichtsminister, daß uns der Krieg zum Teil diese Verhältnisse brachte, da man in der Kriegszeit viele Lehrerinnen übernommen habe. Man müsse eventuell an die Einführung des numerus clausus denken. Werden die Lehrerbildungsgrundlagen geändert, dann dürfte der Anwärterüberschuß allmählich verschwinden. Es schweben auch Verhandlungen über Fortbildungskurse für Lehrer; auch dadurch würde eine Verminderung der überschüssigen Lehrkräfte erzielt.

Es wurde der Vorschlag gemacht, Volksschullehrer zu Hause delalehrern heranzubilden; diese fehlten. Der Unterrichtsminister bemerkte jedoch, das sei nicht ohne weiteres möglich. Zudem sei der Bedarf an Handelslehrern nicht allzu groß.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Stellung der verheirateten Lehrerin erörtert. Grundsätzlich ist die Verheiratung selbstverständlich kein Grund, die verheiratete Lehrerin aus dem Schuldienst zu entlassen. Zu prüfen sei jedoch, ob es immer zu verantworten sei, in eine Familie zwei Gehalte zu geben und andererseits die Schulanwärter jahrelang auf Anstellung warten zu lassen. Es müsse von Fall zu Fall entschieden werden. — Es wurde auch die Schulorganisation in den Städten nach dem Inkrafttreten des Lastenverteilungsgesetzes besprochen. In Frage käme die Regelung der Schülerzahl, die künftig ein Lehrer zu unterrichten hat. Eine Verschlechterung der städtischen Schulen müsse behütet werden. Der Staat wolle gern sein Teil hierzu beitragen. — Die Angelegenheit soll weiter verfolgt werden.

Regierung u. Landwirtschaft in Baden.

Bei unserer gestrigen Wiederberatung des Karlsruheer Korrespondenten der Reichskorrespondenz Nord-Süd auf die Landwirtschaftsdebatte im badischen Landtag ist verheißend der Schluß, der sich weiterhin vor allem mit dem Rede des Ministers des Innern befaßt, weggelassen worden. Wir tragen ihn im folgenden nach:

Gegenüber den Wünschen nach völliger Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung konnte der Minister darauf hinweisen, daß eine Zwangsbewirtschaftung von Erzeugnissen bäuerlicher Betriebe nicht mehr statifindet, daß die im laufenden Wirtschaftsjahr angeordnete Getreidemenge nicht als Einschränkung der Landwirte in der Verfügung ihrer Erzeugnisse gelten kann und daß, da in Baden der Kleinbetrieb vorherrscht, der überwiegende Teil der bäuerlichen Betriebe des Landes von dem Weizung für die Umlage überhaupt auscheidet. Das Umlageverfahren selbst muß noch aufrechterhalten werden, da ein wechseloses Gehenlassen der Entwicklung der Preisbildung und mit einem Schläge vollständig in österreichische Zustände stellen würde. Mit treffenden Worten forderte der Innenminister am Schluß seiner Rede die maßgebenden Kreise der Landwirtschaft auf, zu helfen, daß der uns von einem harten Feind aufgezogene wirtschaftliche Krieg das deutsche Volk nicht zum völligen Erliegen bringe. „Der Landwirt hat“, so führte er aus, „wie jeder andere Warenproduzent, ein Anrecht auf eine anständige Bezahlung seiner Arbeit. Aber die Produktionskosten und einen entsprechenden Gewinnverdienst hinaus aber hat niemand im Volke einen moralischen Anspruch auf höhere Einnahmen. Eine Beachtung des christlichen Sittengesetzes führt auf den richtigen Weg. Hätten wir einen Dollarstand von 150, dann würden wir keinen Tag zögern, auch das Umlageverfahren preiszugeben. So aber müssen sich die Landwirte bemühen, über ihren Gesichtskreis hinaus diese wichtigen volkswirtschaftlichen Dinge zu erkennen.“

Im Laufe der allgemeinen Aussprache über das Kapitel Landwirtschaft, das den Landtag in einer ganzen Reihe von Sitzungen beschäftigte und eine große Anzahl von praktischen Vorschlägen zeitigte, nahm der Innenminister dann noch wiederholt Gelegenheit, das Interesse der Regierung an der Landwirtschaft zu betonen und auf ihre unablässigen Bemühungen zur tatkräftigen Förderung dieser Interessen — z. B. hinsichtlich der Beschaffung von Futter- und Düngemitteln, Ermäßigung der Frachtpreise usw. — hinzuweisen. Auch auf seinen des Hauses zeigte sich weitgehendes Verständnis für die Tatsache, daß wir angesichts der ständig sinkenden Kaluta heute mehr denn je auf eine möglichst starke landwirtschaftliche Eigenproduktion angewiesen sind und daß die Landwirtschaft wohlwollender Förderung bedarf, zugleich aber auch dafür, daß die Versorgung der Stadtbevölkerung gesichert werden muß.“

Ein Jahr Kinderheilstätte Heuberg.

Unter dieser Überschrift berichtet Dr. Karl Wehm in der letzten Nummer des Nachrichtenblattes des Kindererholungsheims Heuberg das folgende:

Am 1. Dezember 1921 konnte unsere Heilstätte auf ein einjähriges Bestehen zurückblicken. Bis zum Dezember 1921 waren aufgenommen und hatten ihre Kur beendet 312 Kinder, hiervon sind 199 Buben, 113 Mädchen. Am meisten beteiligt ist Mannheim mit 12 Entsendungsgruppen, Karlsruhe mit 9. Die Kinder verteilen sich auf die Entsendestellen folgendermaßen: Mannheim 112, Karlsruhe 64, Eberfeld 80, Stuttgart 28, Hamburg 2, Heidelberg 14, Hanau 13, Schwehingen 3, Württembergische Caritas 3, Einzelentsendungen 30.

Die Krankheiten der 312 Kinder verteilen sich auf folgende Gruppen: Strophulose (einschließlich Vielbrüchigkeit, Drüsenbc.) 104, Lungentuberkulose 46, Bronchialdrüsentuberkulose 34, Sichelkörper- und Gelenkbc. 10, Tuberkulosegefährdete 25, Allgemeine Schwäche (Blutarmut) 47, Asthma 15, Chron. Bronchitis 4, Herzbc. 20, Herzfehler, Gefäßnerbenschwäche 7.

Die Erfolge des Kuraufenthaltes sind im übrigen abhängig von der Kurdauer und der Art des Leidens. Die meisten Kinder: 197 waren 8 Wochen hier, 12 Wochen 46 Kinder, 10 Wochen 14 Kinder, 16 Wochen und darüber 11 Kinder, 5 Wochen 21 Kinder. Der Rest war nur vorübergehend aufgenommen. Bei den 8 Wochen-Kindern finden wir folgende Gewichtszunahmen:

Krankheit (8 Wochen Kurdauer)	Anzahl der Kinder 159	Gesamtburchschnittszunahme in kg 2,4	der Knaben 2,3	der Mädchen 2,5
Strophulose usw.	67	2,1	2,0	2,2
Lungentuberkulose	26	2,4	2,3	2,47
Tuberkulose gefährdet	12	2,5	2,1	2,57
Bronchialdrüsentuberkulose	20	2,7	2,01	2,95
Allg. Schwäche	34	2,7	2,3	3,0

Diesen Gewichten diejenigen von 12 Wochen Kurzeit gegenüberzustellen, ist nicht angängig wegen der geringen Zahl Kinder. Dem Gesamtburchschnitt dieser 159 Kinder mit 2,4 Kilogramm steht ein Gesamtburchschnitt von 37 Kindern, nach 12 Wochen Erholung mit 2,7 Kilogramm gegenüber. Treibt der Rehrgeheim an Erholung nicht so auffällig am Gewicht in Erscheinung, so ist doch der körperliche Zustand ein wesentlich günstigerer nach 12 Wochen, dies bezieht sich sowohl auf den Rückgang von Drüsenverwachsungen wie auf Besserung oder Schwinden von latenter Tuberkuloseerscheinungen. Auch die nervös unruhigen Kinder brauchen längere Zeit zur Erholung, die Gesamtzahl von 20 hatte nur eine Durchschnittszunahme von 1,0 Kilogramm (Kurdauer unberücksichtigt), was natürlich auf Rechnung der Unbegrifflichkeit zu setzen ist. Eine geringe Kurdauer sind 12 Wochen für aktive Gelenktuberkulose. Um so erfreulicher war es, ein 17jähriges Mädchen mit Handgelenktuberkulose fast 11 Monate behalten zu können und einen nennenswerten Erfolg dabei zu erzielen.

Da wir mit unseren 60 Betten unserer Heilstätte „Luginsland“ nicht allen Wünschen gerecht werden konnten, entschloß sich der Vorstand des Vereins zur Einrichtung eines zweiten Hauses, das in der Gegend wegen seiner überragenden Lage „Schloß“ genannten Gebäudes 108, als „Heilstätte Hobe-Warte“ mit 80 Betten.

So können wir hoffen, daß die weiteren Kurverfolge hinter denen des Anfangsjahres nicht zurückbleiben und unsere Kinder auch weiterhin gern an ihre Heubergzeit zurückdenken.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Konstanz, 2. April. Mit der schweizerischen Grenzgemeinde Lägerollen ist wegen ihrer Gasversorgung ein Vertrag vereinbart worden, der die Lieferung von Steintohlengas vorsieht und noch der Genehmigung des Konstanzener Bürgerausschusses bedarf. Die Kosten für die Herstellung der Rohrleitung usw. werden auf 1.650.000 M. und außerdem rund 50.000 Franken angegeben. Die deutschen Randwerte sollen durch Anleihen aufgebracht werden, die Frankenteile sollen durch die laufenden Einnahmen aus dem Verkauf von Gas ins Ausland bestritten werden.

Aus der Landeshauptstadt.

DZ. 25jähriges Jubiläum. Verlag und Personal der E. F. Wüllerschen Hofbuchhandlung (Karlsruher Tagblatt) begingen dieser Tage in einer eindrucksvollen Feier das Jubiläum der 25jährigen Tätigkeit des Direktors Hermann Wörber in dem Unternehmen. In herben Worten wurde dabei der rastlosen und hingebenden Tätigkeit des Jubilars, seinen kaufmännischen Fähigkeiten und seinen sympathischen menschlichen Eigenschaften Anerkennung gezollt.

Die badischen Lichtspiele bringen aus Anlaß des Schuljahres in der zweiten Hälfte dieser Woche ein für Jugendliche besonders geeignete Spielprogramm. Es werden zur Vorführung kommen: das bekannte Märchen „Eislein des dich“; Andersen's Geschichte vom fliegenden Hocker (Silhouettenfilm, hergestellt vom Institut für Kulturforschung) und Tierbilder aus dem Münchener Zoologischen Garten. Zwei Vormittage sind schon durch den Besuch einer großen Anzahl von Volksschulklassen besetzt. Öffentliche Vorstellungen sind des weiteren angelegt für Mittwoch, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, und Samstag, den 8. April, nachmittags 3 Uhr, 6 Uhr und halb 9 Uhr. Erwachsene wie Kinder werden an den trefflich gelungenen Aufstellungen ihre helle Freude haben. Um Enttäuschungen vorzubeugen macht die Geschäftsleitung nochmals darauf aufmerksam, daß der Besuch von Lichtspielvorführungen reichlichzeitig erst für Kinder vom 6. Jahre an gestattet ist. (S. v. Anz.)

DZ. Das Schwurgericht, das gestern seine Sitzungen für das 2. Quartal aufnahm, verurteilte die 19 Jahre alte in Selz geborene Dienstmagd Sofie Rademeyer, die ihr Kind gleich nach der Geburt erwuigte, unter Zustimmung mildernder Umstände zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

Badische Gemeindefchau.

Badischer Städteverband.

Na. Der Vorstand des badischen Städteverbandes nahm in zwei Sitzungen vom 20. und 28. März u. a. zu folgenden Angelegenheiten Stellung:

Der Entwurf einer Geschäftsordnung für den Bürgerausschuß, den die Städte nach der neuen Gemeindeordnung abweichend von der Regierungsverordnung selbständig regeln dürfen, wird eingehend durchberaten und die endgültige Fassung festgesetzt. Dieser Entwurf wird den Städten als Richtlinie für die örtlichen Verhandlungen in den Bürgerausschüssen empfohlen mitgeteilt werden.

Bezüglich der **Gemeindeforschungsanweisung** soll zunächst der Erlaß der Regierungsverordnung abgewartet werden, der

alsdann von einer Kommission von Rechnungsbeamten daraufhin geprüft werden soll, inwiefern vom Standpunkt der Städte aus Abweichungen vorzunehmen sind.

Zu der Notiz im „Badischen Gemeindebeamten“ über das „Streikrecht der Beamten“ wird folgende Resolution einstimmig gefaßt:

„Ein Streikrecht der Beamten gibt es nicht. Der Beamte, der streikt, bricht seinen Dienst und verlegt die Amtspflichten. Das Streikrecht stellt sich als unentgeltliches Fernbleiben vom Amte dar, mit der Folge des Verlustes der Beförderung und der Einleitung des Dienststrafverfahrens.“

Dem vom Zentralverband der Gemeindebeamten gestellten Antrag auf einheitliche Regelung der Überstundenvergütung für Beamte vermag der Vorstand grundsätzlich nicht zuzustimmen, auch schon deshalb nicht, weil darin ein Verstoß gegen die Bestimmungen der städtischen Beförderungssatzung bestehen würde.

Für die Landesbeamten hat das badische Ministerium eine neue Dienstzeiteinteilung aufgestellt. Es wird den Städten im Interesse des Jubilars dringend empfohlen, die staatliche Regelung anzunehmen, damit die Einseitigkeit der Dienststunden für staatliche und städtische Behörden erreicht wird.

Es wird als vorübergehende Einrichtung ein **Handauschuß** für die badischen Betriebe gebildet, der als Unter Ausschluß des Vorstandes des Städteverbandes ein Gutachten abgeben soll über die technischen Fragen, die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses der Städte stehen. Es handelt sich insbesondere und namentlich a. B. um die Grundfrage, die für die Abgrenzung der techn. Betriebe maßgebend sein sollen, um die Organisation der technischen Betriebe und Ämter insbesondere bezüglich der Vereinfachung und Vereinfachung, um die Interessengemeinschaften zwischen gleichartigen Betrieben verschiedener Städte, um die Vereinfachung der Vergeltungsbedingungen usw. Der Ausschuß, der aus drei Oberbürgermeistern und acht Stadträten bestehen soll, hat sich wieder in Jagdhauschiffen für die einzelnen Materien zu geben.

Zum **Reichsmietengesetz** müssen Ausführungsbestimmungen durch das Ministerium erlassen werden. Das Ministerium ersucht die Städte um Stellungnahme zu den einzelnen in Betracht kommenden Fragen. Zur Prüfung der Sache wird ein **Untersuchungsausschuß** eingesetzt, der dem Vorstand berichten soll.

Zu dem vom Ministerium aufgestellten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum **Wohnungsabgabengesetz** werden verschiedene Abänderungsanträge angenommen, die dem Ministerium zur Berücksichtigung unterbreitet werden sollen.

Als Termin für den **badischen Städtetag** wird schließlich der 24. Mai 1922 bestimmt. Im Städtetag soll namentlich die Finanzlage der Gemeinden und die Bedeutung der Stützentraktate zur Erörterung gestellt werden.

DZ. Freiburg, 1. April. Nach einer dem Bürgerausschuß angegangenen Vorlage sollen die Einzelbahnhöfe der badischen Straßenbahn von 1,50 auf 2 M. erhöht werden. Das bisherige Fahrpreisinventar mit 10 auf 15 M., bezugnehmend die übrigen Gebühren. Für die Vorarbeiten des Els- und Glotterwerkes, das nicht nur für die Stadt Freiburg, sondern auch den weiteren Freiraum mit elektrischer Kraft versorgen soll, sollen 300.000 M. bewilligt werden. Ursprünglich waren für diesen Zweck 200.000 M. angefordert worden.

Konzerthaus.
Badische Lichtspiele
Dienstag
nachmittags 6 Uhr und abends 7/9 Uhr.
Entwicklung der Buchdruckerkunst
u. a. m.
Vortrag durch Herrn Fritz Weghaus.
Mittwoch, den 5. April, nachmittags 3 Uhr.
Märchenfilme:
„Eislein des dich“
„Der fliegende Hocker“
„Aus dem zoologischen Garten in München“
abends 7/9 Uhr:
Lichtbilder und Filmvortrag
des Herrn Ober-Jug. Freymann über
„Die Berufsgenossenschaften und ihre Unfallverhütungsbemühungen“.
Samstag, den 8. April
nachm. 3 Uhr, 6 Uhr und 7/9 Uhr abends:
Märchenfilme (wie oben)
Verkaufsstellen wie bekannt, s. Anschlagtafel.

Schutz bei Bauten Amtliche Vorschriften
Ein Büchlein von 64 Seiten, in Umschlag, zum Aufhängen bequem hergerichtet, ohne viel Platz zu beanspruchen. Jeder Bauherr bezgl. Bauausführende ist gesetzlich verpflichtet, diese Vorschriften an der Baustelle auszuhängen. Preis M. 1.80.
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe, Karlsruherstraße 14
Fernsprecher 953 und 954.

Charakter-
dentung
(20 Zeilen in Tinte gedr.)
Preis 6.60 M.
Grapholog. Institut
R. G. Ritter
Karlsruhe, Körnerstraße 30

Maschinenfabrik Badenia vorm. Wm. Plak Göhne, A.-G. Weinheim in Baden.
Bei der heute stattgefundenen Verlosung von 4%igen Partialobligationen unserer Gesellschaft sind folgende Nummern gezogen worden:
Nr. 2, 66, 100, 102, 133, 151 à M. 500.—
Nr. 8, 15, 41, 69, 118, 149, 248, 328, 400, 442, 444, 458, 485, 513, 546 à M. 1000.—
welche satzungsgemäß zu 105%, am 1. Juli ds. Js. bei unserer Gesellschaftskasse in Weinheim und den Verkaufsstellen:
Rheinische Creditbank in Mannheim und deren Zweigniederlassungen,
Zeit B. Homburger in Karlsruhe i. B.,
Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M. und Bankhaus M. Hohenemser beide in Frankfurt a. M.
zur Rückzahlung gelangen. — Die Verzinsung der ausgetosten Obligationen hört mit dem 1. Juli ds. Js. auf.
Weinheim, den 1. April 1922.
Der Vorstand:
W. Plak, A. v. Grubel, L. Honold, G. Jacobsen.

Aufruf!
Durch Ausbruch des furchtbaren vom Welchen in einer Höhe von nahezu 1000 m gelegenen **Vergesee, Nonnenmattweher** genannt, sind am 1. März 1922 die **Gemeinden Neuenweg, Gendroren (Bezirksamt Schönau i. W.)** und **Büchsen (Bezirksamt Schoepfheim)** schwer heimgesucht worden. Auch weitere Gemeinden des kleinen Wiesentales sind stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die mit ungeheurer Wucht zu Tal brausenden Wassermassen haben an **Brücken, Stauanlagen, Wegen, Gebäuden, landwirtschaftlichen Gelände, Fabriken und Holzvorräten einen Schaden angerichtet**, der sich in seiner ganzen Größe noch nicht übersehen läßt, **jedenfalls aber in die Millionen geht.**
Es ist ausgeschlossen, daß die Gemeinden und die gefährdeten Bewohner den Schaden aus eigenen Mitteln auch nur einigermaßen wiedergutmachen können, sollten sie nicht wirtschaftlich in schwerste Bedrängnis geraten.
In dieser Not wendet sich der unterzeichnete Hilfsausschuß an die Mitbürgerschaft aller Kreise mit der Bitte, durch Geldspenden den durch die Hochwasserkatastrophe heimgesuchten Gemeinden und Bewohnern zu helfen und das Unglück nach Möglichkeit zu lindern.
Jede Gabe ist dankbar willkommen.
Wer rasch gibt, gibt doppelt!

Der Hilfsausschuß
für die von der Hochwasserkatastrophe am 1. März 1922 heimgesuchten Gemeinden der Amtsbezirke **Schönau i. W. und Schoepfheim:**
Dr. Hagenunger, Wintermantel, Oberamtmann des Bezirks Schönau i. B.
Kibitz, Landtagsabgeordneter und Bezirksrat-Bezir; Bauer, Bürgermeister-Büchsen; Boh, Bürgermeister-Neuenweg; Grether, Bezirksrat-Maulburg; Kuttler, Bürgermeister und Bezirksrat-Maulburg; Lic. Lehmann, Farmer-Neuenweg; Mez, Fabrikant und Bezirksrat-Beil i. B.; D. Specht, Dekan und Kirchenrat-Beil i. B.; Stern, Dekan-Beil i. B.
Spenden sollen auf Postkonten Nr. 36780 beim Postbeamten Karlsruhe oder bei der Sparkasse Schönau auf Giro-Konto Nr. 370 oder der städtischen Sparkasse Schoepfheim auf Giro-Konto Nr. 253 einbezahlt werden.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 5. April 7-9/10 Uhr 40 Mk.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3051-3250 und 3401-3500.
Der fliegende Holländer
Kant-Vorführung des Bad. Ministeriums vom 13. Oktober 1921 Nr. 80634 sind die **Ziehungslisten** der 1. Gruppe 4. Reihe der **Eisenacher Geldlotterio** zum Besten des Thüringer Museums in der Hauptvertriebsstelle des Herrn **Worik Herzberger, Mannheim D. 2** und in allen anderen Lotterieverkaufsstellen einzusehen oder zu beziehen. 2.165

Bürgerl. Rechtspflege
1. Streilige Gerichtsbarkeit.
2897.22 **Tauberbischofsheim.** Leonhard Schöel, Tagelöhner in Weinhelm, Maria Barbara Schöel, Krausenweberin in Weinhelm und Margareta geb. Schöel, Ehefrau des Schneidermeisters Albin Dier in Weinhelm, haben beantragt, den Eigentümer der im Grundbuch Weinhelm, Bd. 15, Heft 5 eingetragenen Grundstücke Lgb. Nr. 4242, 9 ar 27 qm Acker in der Schanz, Lgb. Nr. 5488, 25 ar 16 qm Acker u. Obung in der Rinde, Lgb. Nr. 8490, 6 ar 78 qm Acker im Kirch, Lgb. Nr. 9535, 23 ar 44 qm Acker im Hangelstein mit seinem Rechte gemäß § 927 B.G.B. auszuschießen. Als Eigentümer ist eingetragen **Johann Michael Schöel, Landwirt in Weinhelm.** Aufgebotsstermin ist bestimmt auf: **Mittwoch, den 24. Mai 1922, vormittags 11 Uhr.**
Der bisherige Eigentümer oder dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens im Aufgebotsstermin anzumelden, widrigenfalls

Badisch-Württembergischer Güterverkehr.
Auf 5. April 1922 werden besondere Entfernungen für Güter mit Begehrtschrift „Anmendungen“ für die Stationverbindungen Erlingen-Schaffhausen und Singen (Hohentwiel) eingeführt und auf den 5. Mai 1922 die für Sendungen mit Begehrtschrift für die Stationen Röhndorf und Langenargen Bahnhof bestehenden Entfernungen erhöht. Das Nähere ist aus unserem Tarifangehörig zu ersehen. Karlsruhe, 2. April 1922. Eisenbahngeneraldirektor